

12.03.2013

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Hochschulfinanzierung transparent gestalten - Benachteiligung von Hochschulen durch leistungsorientierte Mittelvergabe beenden

I. Ausgangssituation

Die Abbildung der Hochschul-Globalhaushalte im Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen ist für den Gesetzgeber schwer nachvollziehbar. Die einzelnen Ansätze der Hochschulen ergeben kein genaues Bild, an welchen Stellen finanzielle Engpässe entstehen oder effiziente Mittelnutzung durchgeführt werden. Hierbei ist vor allem die Frage der Transparenz der Mittelverausgabung die Entscheidende. Der Haushaltsgesetzgeber muss bei der Entscheidung über die milliardenschweren Finanzmittel seinem treuhänderischen Auftrag der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nachkommen können. Dies ist derzeit nur unzureichend möglich, da die realen Mittelausgaben der Hochschulen nicht abgebildet werden (z.B. Energiekosten). Gleichzeitig zeigt sich, dass die aktuelle Mittelzuweisung an die Hochschulen nicht ausreichend ist, da diese seit Jahren Auslastungsquoten von über 100 Prozent zu verzeichnen haben.

Diese chronische Unterfinanzierung geht zu Lasten von Qualität in Forschung und Lehre.

Hinzu kommen "wettbewerbsorientierte", leistungsorientierte Mittelvergaben, die die Hochschulen weiter unter Druck setzen und Gewinner und Verlierer produzieren.

II. Bilanzen der Hochschulen veröffentlichen

Dem Grundsatz der Transparenz bei der Verausgabung von Steuermitteln folgend ist es selbstverständlich, dass die Veröffentlichung der tatsächlichen Mittelverausgabungen der Hochschulen, auch in Ihrer jetzigen Rechtsform, gegenüber dem größten Finanzier nötig ist. Dies kann nur durch eine Veränderung der jetzigen Gesetzeslage herbeigeführt werden. Hochschulen gehen mit den anvertrauten Steuergeldern vertrauensvoll, wirtschaftlich und effizient um. Gerade deswegen sollten die Hochschulen die Möglichkeit haben, Wirtschaftsführung und Rechnungsergebnis offen zu kommunizieren.

Die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen mahnt zurecht in ihrer Stellungnahme zum Eckpunktepapier der Ministerin an, dass "ein durchdachtes, systematisches Gesamtkonzept für ein modernes Hochschulberichtswesen, das regelmäßigen ministeriellen und parlamentarischen Informationsbedürfnissen Rechnung trägt", fehlt.

Datum des Originals: 12.03.2013/Ausgegeben: 12.03.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

III. Mittelzuweisung ohne Sieger und Besiegte

Die nordrhein-westfälischen Hochschulen sind durch Hochschulsteuerungselemente (wie die leistungsorientierte Mittelvergabe) in einen künstlichen Wettbewerb untereinander gedrängt worden. In einer marktwirtschaftlichen Logik geht es um eine Verdrängung von Marktteilnehmern. Diese Logik ist auf den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nicht übertragbar und schwächt den Wissenschaftsstandort erheblich. So ist es nicht verwunderlich, dass gerade Hochschulen in Regionen, die einen großen Strukturwandel erfahren und in deren urbanen Umgebungen sozioökonomisch schwierige Verhältnisse vorherrschen, Verlierer der wettbewerbs- und leistungsorientierten Mittelvergabe sind. Dieser "Treppeneffekt" durch die Absenkung der Grundfinanzierung benachteiligt insbesondere die Hochschulstandorte, die in ihrem regionalen Umfeld Bildungsgerechtigkeit durch z.B. hohe Studierendenzahlen aus "bildungsfernen Schichten" fördern.

So schildert der Tagesspiegel vom 25.02.2013 folgende Realitäten, die durch die leistungsorientierte Mittelvergabe in NRW entsteht:

"Was passieren kann, wenn Forschungsgelder nach dem „Leistungsprinzip“ verteilt werden, rechnet der Präsident Bernd Kriegesmann von der Westfälischen Hochschule gerne vor. Seit 2005 ist sein Haushaltsbudget um zwölf Millionen Euro gesunken. Allerdings nicht, weil die Fachhochschule in Gelsenkirchen schlecht gewirtschaftet hätte. „Wir haben unsere Absolventenzahlen sogar um 90 Prozent gesteigert“, sagt Kriegesmann. Sein Pech war, dass andere Hochschulen, besonders im Raum Münster und Bonn-Rhein-Sieg, noch mehr Output hatten. Dafür wurden sie vom Land Nordrhein-Westfalen belohnt. Für ihre Leistung bekamen sie Zuschüsse, die ihnen im folgenden Jahr halfen, ihre Zahlen erneut zu erhöhen.

In Gelsenkirchen dagegen wurde der Grundbetrag gekürzt. Es sollte ja ein Ansporn bleiben, sich die Mittel im Wettkampf zurückzuholen. Dass die Fachhochschule von Anfang an mit schwierigen Bedingungen zu kämpfen hatte, übersah die sogenannte "Anreizpolitik" des Wissenschaftsministeriums, meint Kriegesmann. 95 Prozent der Studierenden an der Westfälischen Hochschule haben keine akademischen Vorbilder, viele studieren, weil sie keine Arbeit finden. Die Region ist insgesamt sozial schwach, auch die Unis Bochum und Essen gehören zu den Verlierern der „leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM)“. Dabei kann man sich wie Kriegesmann fragen: „Was ist eigentlich die größere Leistung: jemanden aus einem Arzthaushalt oder aus schwierigem Umfeld zum Abschluss zu bringen?“

IV. Der Landtag stellt fest

- 1.) Die aktuelle Mittelverteilung durch Globalhaushalte bildet die wirklichen Bedarfe der Hochschulen nicht ab und die Hochschulen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert.
- 2.) Durch Globalhaushalte ist die Verwendung von Steuergeldern nicht ausreichend nachvollziehbar, um als Haushaltsgesetzgeber einen Überblick über milliardenschwere Haushaltseinzelnpläne zu beschließen.
- 3.) Die Hochschulsteuerung durch leistungsorientierte Mittelvergabe (LoM) hat Gewinner und Verlierer zur Folge. Es gibt aber keine Maßstäbe für eine "gute" oder eine "schlechte" Wissenschaft.
- 4.) Eine nur an Kennzahlen orientierte Leistungsbewertung der Hochschulen ist als Indikator zur Mittelvergabe ungeeignet.

5.) Durch die Einführung von Globalhaushalten in Verbindung mit dem Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes wurden Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verausgabung von Steuermitteln in Milliardenhöhe stark eingeschränkt.

V. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

1.) bereits im Rahmen des aktuellen Hochschulgesetzes durch Wahrnehmung ihrer Rechtsaufsicht höchstmögliche Transparenz zu schaffen.

2.) gemeinsam mit den Hochschulen ein durchdachtes, transparentes Finanzberichtswesen zu entwickeln, welches in eine entsprechende Open Government Strategie eingebettet ist.

3.) gemeinsam in einer parlamentarischen Arbeitsgruppe unter Beteiligung von wissenschaftlicher Expertise neue Steuerungselemente für die Mittelvergabe an Hochschulen zu entwickeln.

Dr. Joachim Paul
Oliver Bayer
Monika Pieper

und Fraktion